

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4586. — **Volkskassentor Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4586

Insertenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelsseite oder deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelsseite 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausräger, Zweiggeschäfte und alle Voltankanten entgegen.

Deutsche Fürsten als Kapitalschieber.

Aus Berlin wird gemeldet:
Wegen des Bankhaus Gruher, Philippsohn u. Co. in Berlin ein Verfahren wegen Kapitalverschlebung eingeleitet worden. Wie die Volkszeitung berichtet, soll es sich um eine Summe von 400 Millionen Mark handeln. Die genaue Summe steht noch nicht fest, da die Durchsicht der beschlagnahmten Bücher und Akten von der Staatsanwaltschaft noch nicht beendet ist. Zu den Kunden der Bank gehörten auch ehemalige Prinzen und Prinzessinnen des Hohenzollernhauses sowie Angehörige anderer ehemaliger Fürstentümer.

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Enthüllungen über die Hohenzollern als Vermögensschieber vermehren sich in der Presse. Wie jetzt von einer Korrespondenz mitgeteilt wird, haben auch Prinz Friedrich Leopold und Prinzessin Friederich Leopold zahlreiche Vermögensschiebungen begangen, die nicht mit dem Bankhaus Gruher in Verbindung stehen, sondern auf eigene Faust begangen wurden. — Die Beziehungen des Bankiers Gruher zum kaiserlichen Hof waren so eng, daß ein großer Teil der Dienerschaft des kaiserlichen Hofes in die Dienste des Bankiers eintreten konnte. Gruher hat die Schiebungen mit den Hohenzollern und ihren Freunden größtenteils auf die Weise begangen, daß er in Deutschland alle möglichen Waren aufkaufte und sie nach Holland verschob. Der Betrag für die Waren wurde den Kunden Gruhers in Amsterdam gutgeschrieben. Auf diese Weise ist das Vermögen verschoben worden. Nach dem Vorwärts gibt es keinen Artikel, den Gruher nicht auf diese Weise nach dem Ausland verschob, darunter Salvadori, Scharia, Spielwaren, Koffer usw. Auf diese Weise ist das deutsche Volk um Hunderte Millionen betrogen worden.

Die Interpellation des Abg. Müller-Kranke über die Kapitalverschlebung steht heute auf der Tagesordnung des Reichstags. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß die Reichsregierung zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit sei. Im Reichstag wird erzählt, daß außer der Kronprinzessin auch Prinz August Wilhelm zu den Kunden der Gruher gehörte. Die Kraktion der Unabhängigen Partei beabsichtigt, ihre schon vor längerer Zeit mitgeteilten Enthüllungen über die Vermögensverschlebung, die in den Kreisen Ludendorffs beanstanden worden sind, in der heutigen Reichstagsdebatte mit zur Sprache zu bringen. Die Unabhängigen weisen mit Recht darauf hin, daß ihre damaligen Enthüllungen völlig unerschöpflich geblieben sind von den rechtssozialistischen Ministern, die die Hauptrolle an den Verschlebungstragen, die unter ihrer Regierung begangen worden sind.

Dem Vorwärts wird in dieser Angelegenheit noch folgendes mitgeteilt:

Das V. T. erklärt, daß das Bankhaus Gruher in hiesigen Bankkreisen unbekannt sei. Ich bezweifle aber sehr, ob die Kommerz- und Privatbank Hardy u. Co., G. Schlesinger, Trier u. Co. und andre hiesige Banken behaupten können, daß die Amsterdamer Bankfirma Gruher, Philippson u. Co. ihnen unbekannt sei. Um diese handelt es sich. In der Anfrage des Abg. Müller ist irrtümlich der Name Gruher in Gruher verwechselt worden. Die Bankfirma hatte ihr Lokal Budapest Straße 2. Als es den hohen und höchsten Herrschaften zu unsicher wurde, schickten sie dorthin zu begeben, wurde ein zweites inoffizielles Lokal Bohlstraße 16 aufgetan.

Was die Vermögensschiebungen selber anbetrifft, so datieren diese bereits seit Januar 1919. Es ist nur verwunderlich, daß sie solange der Behörde verborgen bleiben konnten. Sie begannen mit der Herausziehung des kronprinzlichen Vermögens. Besuche der Kronprinzessin im Hotel Eplanade, wo Herr Gruher das ganze Jahr hindurch mehrere Räume bewohnte, und umgekehrt der Familie Gruher bei der Kronprinzessin waren keine Seltenheit. Später kamen andre Freundschaften, adlige und nicht adlige Reiche heran. Hauptfleckenpferdieste leistete der inzwischen verstorbene Dr. v. Lutz, der Flügeladjutant des Kronprinzen, ein Herr von Müller und Rechtsanwalt Dr. Wangemann, Minister. 2. Mit der Zeit hat sich natürlich das Vermittlerneß entschieden ausbreitet.

Die Provisionen des Herrn Gruher waren so groß, daß er zu Beginn dieses Jahres für zehn Millionen Anteile des Bankhauses G. Schlesinger, Trier u. Co. übernehmen konnte. Herr Gruher reiste stets im Auto zwischen hier und Amsterdam. Die hohen Kosten spielten ja keine Rolle. Sicher in Anerkennung gesellschaftlicher Dienste wurde Herr Gruher vor kurzem zum lippischen Geheimen Kommerzienrat ernannt, trotz der Abschaffung des Adels und der Titel. Wer die Ernennung vollzog, weiß ich nicht, aber auf den Briefbogen des Herrn Gruher war's zu lesen. Sicherlich war's auch Schiebung.

Genex berichtet die V. B. am Mittag:
Zu den Kunden des Bankhauses Gruher u. Co. gehörten nicht nur Mitglieder des Hauses Hohenzollern und des früheren Hofstaates, sondern auch bekannte Namen aus der Berliner Industrie- und Handelswelt. Die Depots, die der Firma Gruher u. Co. übergeben wurden und die zum Teil in fremden Wäldern bestanden wurden nicht immer unter dem richtigen Namen des Besitzers geführt, sondern unter Decknamen. Eines solchen Decknamens hat sich auch einer der bekanntesten deutschen Herrscher aus dem

Westkrieg bedient. Die Summen, die auf diese Weise durch Gruher ins Ausland, nämlich nach Holland, verschoben worden sind, belaufen sich tatsächlich auf mehrere hundert Millionen Mark.

Der Kampf um die Herrschaft in München.

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In Bayern findet eine Sammlung von Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens für neue Gemeinderatswahlen in München statt. Als Termin für das Volksbegehren ist der 12. Dezember angesetzt worden. Zuerst müssen die erforderlichen 200 000 Stimmen zusammengebracht werden.

Die Bergarbeiter und die Sozialisierung des Bergbaues.

Berlin, 18. November. Der Gesamtvorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands richtet im Vorwärts einen offenen Brief an den Reichsminister, in dem dieser darauf hingewiesen wird, daß die Bergarbeitergewerkschaften aller Richtungen sich in Revisionen und auf Generalversammlungen ihrer Organisationen einmütig für die Sozialisierung des Bergbaues entschlossen hätten. Gleichzeitig wird der Reichsminister gebeten, den Bergarbeitern mitzuteilen, welche Stellung das Reichsministerium zur Sozialisierung des Bergbaues einnehme. Die Bergarbeiter wünschten zu wissen, was sie von der Reichsregierung zu erwarten hätten. Die Haltung des Reichsorgans zu der von ihnen geforderten Sozialisierung des Bergbaues sei eine Sache für sich, mit der man sich zu gebenden Zeit zu beschäftigen haben werde. Je länger die Unentschiedenheit dauerte, um so schwieriger würden die Folgen sein.

Kampf der Tiroler Arbeiter gegen die Einwohnerwehren.

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Kampf gegen die Einwohnerwehren in Tirol nimmt verschärfte Formen an. Die Arbeiterklasse macht gegen das geplante Landesgesetz mobil. Nach einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung haben die Sozialisten in Innsbruck die sogenannte Arbeiterwehr alarmiert und in allen Straßen von Innsbruck haben bewaffnete Arbeiter Aufstellungen genommen. Sämtliche Zugänge dieser Stadt wurden besetzt. Die sozialistischen Eisenbahner in Tirol kreieren. Auf diese Weise ist der Bahnverkehr von und nach Bayern bereits lahmgelegt worden. Er soll eingestellt bleiben, um den Zugang der bayrischen Einwohnerwehren und der Ortschaft zu verhindern. Die Tiroler Heimwehren erklären, daß das Landesgesetz unbedingt stattfinden soll. In Innsbruck herrscht große Erregung. Man befürchtet blutige Zusammenstöße.

Innsbruck, 17. November. Der Landtag verhandelte einen Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen des beschlagnahmten Festschlusses der Tiroler Einwohnerwehr und gegen die Einreise bayrischer Ortschaftsfunktionäre zu dieser Veranstaltung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kappoldt führte aus, daß die Einwohnerwehren ihren sportlichen Charakter durch den Einfluß der Ortschaft verloren hätten, und daß diese monarchistischen Zwecken diene. Die Arbeiterklasse werde alle Mittel anwenden, um eine Restauration zu verhindern. Er ermahnte die Regierung, zu handeln. Abgeordneter Steidle erklärte, daß die Hauptmacht der Heimatwehren von der Landbevölkerung gestellt werde, die nichts anderes wünsche, als Ruhe und Ordnung gesichert zu sehen. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Schmittner teilte mit, daß die Entente verständigt worden sei. Eine Drohung der Entente liege nicht vor.

Danzig unter dem militärischen Schutz Polens.

Neu 19. November. (T.U.) Die Schweizer Telegraphen-Agentur erfährt aus sicherer Quelle, daß der Völkerbundrat am Mittwochabend im Prinzip beschlossen hat, Polen das Mandat der militärischen Verteidigung Danzigs zu übertragen.

Beteiligung der belaischen Sozialisten an der Regierung.

Brüssel, 18. November. Der Sozialistenkongreß behandelte am Mittwoch die Frage der Beteiligung an der Kabinettsbildung. Der Kongreß hat mit 340 000 gegen 221 000 Stimmen die Beteiligung der Sozialisten am Kabinet Carton de Wiart beschlossen.

Die englische Arbeiterpartei zur irischen Frage.

London, 18. November. (Reuter.) Die englische Arbeiterpartei hat eine Manifestation veröffentlicht, in dem sie energisch für ihre Vorkämpfe zur Befreiung der irischen Frage eintritt. Die Arbeiterpartei ist bereit, Irland jede von ihm gewünschte Verfassung zu gewähren. Die Partei entsendet einen Ausschuß nach Irland, um eine Untersuchung über die dortigen Methoden der britischen Regierungspolitik anzustellen.

Kapitalistische oder sozialistische Produktionsregelung?

Dr. Alfred Brauntal - Berlin.
Dieser Artikel ist ein Beitrag zu dem wichtigen Thema, das Genosse Jensen hier in dem Aufsatz „Sozialisierung oder Verstaatlichung“ in der Nr. 234 erörtert hat.

Im Reichskohlenrat und im Reichswirtschaftsrat, in der Presse und in Versammlungen wird jetzt um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus gerungen. Alle, die Verfechter des kapitalistischen wie die des sozialistischen Wirtschaftsprinzips, sind sich darüber klar, daß die Sozialisierung der Kohle nicht eine isolierte, durch den Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Maßnahme bedeutet, sondern daß sie nur Sinn und Bedeutung hat als Auftakt zu einer sozialistischen Umwälzung der gesamten Wirtschaft. Deshalb macht die gesamte Arbeiterklasse — mit Ausnahme eines anscheinend unzurechnungsfähigen Teiles der kommunistischen und neokommunistischen Führer, sicherlich nicht der hinter ihnen stehenden Arbeiter — die Kohlensozialisierung zu ihrer Sache, von der sie sich kein Teilchen abhandeln lassen will. Deshalb sehen aber auch die Kapitalisten alle Hebel in Bewegung, um die Sozialisierung zu vereiteln oder kapitalistisch zu verwässern, um sie unheilbar zu kompromittieren.

Führer im Kampf gegen die Sozialisierung ist der schwerste Schwerkriegsindustrielle Deutschlands, Hugo Stinnes. Er ist nicht nur als der Beherrscher des gewaltigsten Trusts der deutschen Industrie der mächtigste und unmittelbarste Gegner der Arbeiterbewegung, sondern deshalb ihr gefährlichster, weil er sich nicht mit der negativen Bekämpfung ihrer sozialistischen Ideen begnügt, sondern ihr in Theorie und Praxis positiv ein andres, neues Wirtschaftsprinzip entgegenstellt. Allerdings wie sich bei ihm Theorie und Praxis einander verhaften, das wird noch aufzudecken sein.

Die Theorie des Herrn Stinnes, wie er sie jüngst im Reichswirtschaftsrat entwickelt hat, ist folgende: Nach seiner Ansicht werde die zentralistische Regelung der Produktion, wie er sie in der Sozialisierung verwirklicht sieht, versagen müssen. Statt dessen schlägt er eine direkte Verbindung zwischen Produzenten und Verbrauchern auf gemeinschaftlicher Grundlage, wie er sie versteht, vor. Es sollen etwa die Kohlenverbraucher eines Wirtschaftsbezirks sich zu einer selbständigen, finanziell leistungsfähigen und verantwortlichen Gruppe vereinigen und sich als solche mit einer Kohlenproduzenten-Gruppe verbinden, bei einer solchen Regelung wäre es möglich, die Kohlenproduktion auch unter den schwersten finanziellen Opfern zu steigern, weil die Verbrauchergruppe solche Opfer zu bringen fähig und bereit sei, zu denen sich der Staat niemals entschließen würde.

In der Theorie des Herrn Stinnes der kapitalistische Geist noch unter einer gemeinwirtschaftlichen Hülle verborgen, so tritt er in seiner Praxis nackt und unverhüllt zutage. In dem Augenblick, da er seine Rede im Reichswirtschaftsrat hielt, war es ihm bereits gelungen, eine direkte Verbindung zwischen Produzenten und Verbrauchern in Dimensionen zustandzubringen, die nicht einmal in der Geschichte der amerikanischen Trusts ein Vorbild haben. Daß aber diese Verbindung eine rein kapitalistische ist, versteht sich bei Stinnes von selbst.

Bekanntlich ist es Stinnes vor einigen Monaten gelungen, die beiden nahezu größten deutschen Montan- und Schwerkriegsindustriellen, die beide allein schon einen gewaltigen Trust darstellen, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. und die Geisenkirchener Bergwerksgesellschaft, zu einer trustartigen Interessengemeinschaft, der Rhein-Elbe-Union, zusammenzuschließen. Dieser Trust stellt eine Kombination im gewaltigsten Umfange dar, d. h. einen Zusammenschluß von Rohstoff erzeugenden und weiterverarbeitenden Betrieben. Denn der Konzern besitzt zahlreiche Kohlenzechen und Erzgruben, die den Rohstoff zur Eisenerzeugung liefern, Hochöfen, die das Roheisen erzeugen, Stahlwerke, die es zu Stahl verarbeiten, Walzwerke, die es zu Halbfabrikaten verarbeiten usw. Aber damit begnügte sich Stinnes nicht. Er stellte es sich zur Aufgabe, zunächst den Konzern durch Angliederung anderer Schwermetallunternehmen zu erweitern. Wie er diese Aufgabe löste, dafür ein kleines Beispiel. Eines Tages begannen die Kurse des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahl-fabrikation zu steigen, Sie stiegen und stiegen — es war klar, daß sie von einer unbekannten Seite um jeden Preis aufgekauft werden sollten. Und als die Kurse auf das Doppelte gestiegen waren, von 350 auf 700 Prozent, da stellte es sich heraus, daß der Stinnes-Konzern die Aktienmehrheit des Bochumer Vereins erworben habe. Da das Aktienkapital der Gesellschaft 70 Millionen beträgt, muß Stinnes sich diesen Sport mehr als 100 Millionen Mark über den normalen Kurswert hinaus gelöst haben lassen. Aber er bezahlt ihn ja nicht, sondern die Verbraucher, denen er ihn in den Preis schon einkalkulieren wird.